„Dayli News" meldet, daß die englische Arbeiterpartei für die kommenden Sonntage in den Industriebezirken Massenversammlungen in der Friedensfrage einberufen habe.

Deutscher Reichstag.

Eine erregte Sitzung.

Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Solf.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages kam es wiederholt zu erregten, ja stürmischen Szenen, so bei einem Zwischenruf des Polen Korfanty, der plötzlich, als der Staatssekretär Solf darauf hinwies, daß erst das deutsche Heer mit Gut und Blut die Freiheit Polens geschaffen habe: „Geraubt und geplündert habt Ihr Polen!" ausrief. Es war das Signal zu Szenen, wie sie der Reichstag bisher kaum gesehen haben dürfte. Das Haus geriet in die größte Erregung. Die meisten Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen, protestierten, Pfuirufe erschollen, ein Lärm ohnegleichen entstand, und der Präsident vermochte längere Zeit kaum Ruhe zu schaffen. Später kam es zu großen Unruhen bei beleidigenden Rufen des Antisemiten Werner gegen die Polen. Werner wurde überfallen und entging nur mit Not Tätlichkeiten seitens der Polen.

Staatssekretär Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand die Beratung der Entwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf: Der Redner des Zentrums hat vorgestern unsere Truppen in Schutz genommen gegenüber dem schweren Vorwurf, daß sie beim Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich völkerrechtswidrige unmenschliche Handlungen sich hätten zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem Herrn Redner recht gibt. Im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat der spanische Gesandte im Haag, de Villalobar, am 18. Oktober gemeinschaftlich mit dem Vertreter der französischen Interessen, dem niederländischen Geschäftsträger von Vollenhoven, dann mit einem Vertreter des Ernährungsamts in Belgien, Bree, anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um sowohl das Los der Flüchtigen als auch das Los der Bewohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern. (Hört, hört.) Sie haben im einzelnen festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Plünderung Schutz zu gewähren (Hört, hört!), ihre Ernährung sicherzustellen und die Kunstschätze zu retten. Zwangsweise entfernt sind lediglich Personen im militärpflichtigen Alter, aber auch hierbei wurden Ausnahmen gemacht für Aerzte, Geistliche, Feuerwehrleute, Schutzleute und solche Personen, die für die Ernährung des Landes durchaus notwendig sind und in diesem Amte tätig waren. Ich glaubte, diese Sätze an den Anfang meiner Ausführungen stellen zu sollen, weil ich auch nicht eine Stunde lang die schweren Vorwürfe auf unseren braven Truppen sitzen lassen wollte.

Ich wende mich nun zu den Ausführungen der Redner der Opposition. Die Regierung ist gestern von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundsätze des Präsidenten Wilson ehrlich durchzuführen beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. (Bravo!) Nachdem sie sich in ihrer Antwort an den Präsidenten auf den Boden seiner Botschaft gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln.

Was Elsaß-Lothringen und Polen angeht, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landeskreise unter den 14 Punkten des Wilsonschen Programms ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regelung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Ueberhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche Programm als die Grundlage des Gesamtfriedenswerkes angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen hin und in allen Punkten loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen. (Lebhafter Beifall.) Wenn aber der Herr Abg. Haussen behauptet, daß wegen der nordschleswigschen Frage aus dem Prager Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde auf eine Volksabstimmung, so muß die Regierung diese Rechtsausführungen als irrtümlich ablehnen. (Abg. Ledebour: Rein formale Auffassung!) Der Prager Frieden schuf endgültige völkerrechtliche Ansprüche lediglich zwischen den Vertragstellen und diese Ansprüche sind im Jahre 1878 durch die Vereinbarung aufgehoben, außerdem liegt seitens der dänischen Regierung eine Anerkennung dieser Aufhebung durch den sogenannten Optantenvertrag vom Jahre 1907 vor.

Der Herr Abg. Ricklin hat dann ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elsaß-Lothringen eingeleitete Neugestaltung der Dinge. Die Regierung wird sich durch diese Kritik nicht abhalten lassen, den für gut und richtig erkannten Weg weiter fortzuschreiten. (Bravo!) Dem elsäßisch-lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner politischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichsländischen Abgeordneten, verfolgt hat. (Hört, hört!) Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer anderweiten Lösung der elsaß-lothringischen Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Redner der polnischen Fraktion hat es unternommen, aus dem Punkt 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat zu begründen. Demgegenüber erkläre ich: Die deutsche Regierung hat, wie bereits betont, das Programm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich angenommen. Dies Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und neue Kriege entstehen lassen. Wenn der Redner der polnischen Fraktion erraten ließ, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2 bis 3 Prozent polnischer Bevölkerung, für das zukünftige Polen beansprucht, so setzt er sich in schreienden Gegensatz zu den Grundsätzen des Präsidenten Wilson. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Annahme der Verfassungsänderung.

Der Raum verbietet es uns leider, auf die nun folgende Debatte einzugehen. Es wurde darauf der Zentrumsantrag auf Aenderung des § 11 der Reichsverfassung angenommen. Der Paragraph lautet jetzt: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

Vertrauensvotum für den Kanzler.

Sodann wird über die Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler namentlich abgestimmt. Es stimmen 268 Abgeordnete ab, und zwar 193 dafür, 52 dagegen, 23 enthalten sich der Abstimmung. Das Vertrauensvotum ist somit angenommen.

Darauf wird vertagt. Nächste Sitzung Freitag.

* * *

Aufruf der preußischen Konservativen.

Die konservative Fraktion des preußischen Hauses der Abgeordneten erläßt einen Aufruf. Darin heißt es:

Unsere Grenzmarken sind deutsches Land. Was hier in Menschenaltern durch deutsche Arbeit und deutsche Art aufgebaut ist, darf nie und nimmer geopfert werden. Darum nehmt Fühlung miteinander und bereitet euch vor auf den Ernst der kommenden Zeit! Unsere Kraft ist nicht gebrochen. Auch unsere Gegner verfügen nicht über unbegrenzte Kräfte. Auch sie sind der Erschöpfung nahe. Sobald sie den unbeugsamen Willen unseres Volkes, unter keinen Umständen einen Unterwerfungsfrieden anzunehmen, erkennen und spüren, wird auch ihr aufgepeitschter Kriegs- und Siegeswille wieder erlahmen. Jeden Augenblick kann die Stunde kommen, in der der Ruf an alle Getreuen in deutschen Landen ergeht: Auf zur Rettung des Vaterlandes! Dann dürfen die Preußen nicht an letzter Stelle stehen. Darauf bereitet euch vor! Darauf rüstet euch!

Das Preußische Herrenhaus.

hat die Wahlrechtsvorlage angenommen. 20 Mitglieder der konservativen Fraktion des Herrenhauses traten aus der Fraktion aus, um der Vorlage zustimmen zu können. Der Präsident des Herrenhauses teilte mit, daß der König dem Ausschluß des Fürsten Lichnowsky aus dem Herrenhause zugestimmt habe.

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 25. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern dauern die Kämpfe in der Lysniederung an. Der Feind, der südwestlich von Deinze eindrang, wurde im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Südwestlich von Deinze nahmen wir Teile des von Franzosen über die Lys vorgeschobenen Brückenkopfes. Oestlich von Vijve Sint Eloi schlugen wir einen stärkeren Angriff zwischen der Lys und der Schelde und an der Schelde Teilvorstöße des Gegners zurück. Die Zerstörung der Ortschaften in der Scheldeniederung durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadtinnere von Tournai lag unter englischem Feuer. Die Abwanderung der Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Osten nimmt zu. Oestlich von Solesmes und Le Cateau setzte der Feind seine großen Angriffe fort und dehnte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Ezaillon-Baches gescheitert. Die gegen Le Quesnoy gerichteten Angriffe gingen bis zur Bahn nordwestlich und westlich Le Quesnoy vor. Versuche des Feindes, westlich an Le Quesnoy vorbei in nördlicher Richtung durchzustoßen, scheiterten an dem Angreifen unserer von Sepmerie und Villers Pol aus angesetzten Truppen. Der in breiter Front gegen den Wald von Mormal anstürmende Feind konnte in Poix du Nord und in Ventaine-au-Bois Fuß fassen. Im übrigen wurde er westlich der Straße Englefontaine—Planrecies nach heftigem Kampf zum Stehen gebracht. Die gestrigen Angriffe haben dem Feind im ganzen einen Geländegewinn von 800—1000 Meter Tiefe gebracht. Größere Erfolge blieben ihm trotz des außerordentlichen Kräfteeinsatzes auch gestern versagt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Oise, zwischen Oise und Serre und westlich der Aisne zeitweilig Artilleriekampf. An der Oise scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Zwischen Oise und Serre wurden stärkere Angriffe der Franzosen abgewiesen. Wo der Feind in unsere Linien eindrang, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. In den Abschnitten beiderseits Bouziers ließ die Gefechtstätigkeit nach. Die Höhen östlich von Cestres wurden von bayrischer und württembergischer Besatzung gegen erneute heftige Angriffe des Gegners behauptet.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Teilangriffe der Amerikaner auf beiden Maasufern wurden abgewiesen.

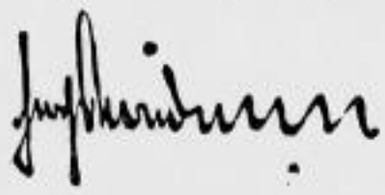
Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Angriffe beiderseits der Morawa. Westlich des Flusses drückten sie uns in dem Gebirge südlich von Kragujevac etwas zurück. Oestlich des Flusses in der Gegend von Baracin wurden sie abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Roedern über die Kriegsanleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.



Die Neuordnung in Sachsen.

Bildung eines Staatsrates.

Aus Dresden wird gemeldet: Die Bildung eines Staatsrates bildete den Gegenstand einer Besprechung, die gestern (Donnerstag) vormittag zwischen der Staatsregierung und den Vertretern der Mehrheitsparteien der Zweiten Ständekammer im Ständehause stattfand. An der Besprechung nahmen teil: Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt und Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schmitt als Vertreter des Ministeriums, ferner Präsident Dr. Vogel und die Landtagsabgeordneten Dr. Niethammer, Dr. Seyfert und Nitzschke (Leipzig-Leutzsch) von der nationalliberalen Fraktion, die Abgeordneten Günther und Brodauf von der fortschrittlichen Fraktion und die Abgeordneten Fräßdorf und Sindermann von der sozialdemokratischen Fraktion. Die Konservativen waren nicht vertreten.

Staatsminister Graf Vitzthum hielt eine Ansprache in der er mitteilte, daß die Regierung die Absicht habe, einen erweiterten Staatsrat zu bilden, der die Frage der Neuordnung vorbereiten soll. In Aussicht genommen sei die Bildung eines Arbeitsministeriums, eines Verkehrsministeriums, sowie eine Loslösung der Unterrichtsverwaltung vom Kultusministerium. Der Staatsrat soll sich schlüssig machen über die Besetzung der neuen Ministerien, über die Ueberleitung der Geschäfte, sowie über etwaige Verfassungsänderungen, die damit zusammenhängen. Nach Erledigung seiner Aufgaben soll sich der Staatsrat wieder auflösen. Ueber diese Fragen wurde ein Einvernehmen der Regierung mit den Führern der Mehrheitparteien erzielt. Der Staatsrat soll noch vor dem Zusammentritt des Landtages gebildet werden.

Bezüglich der Teilung der Ministerien erfährt man, daß ein Arbeitsministerium vom Ministerium des Innern abgetrennt werden soll, dessen Leiter Vizepräsident Fräßdorf werden dürfte. Staatsminister Graf Vitzthum wird voraussichtlich das Ministerium des Innern abtreten und den Posten eines Ministerpräsidenten, sowie das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Als sein Nachfolger wird Geheimrat Koch genannt. Vom Finanzministerium dürfte ein selbständiges Verkehrsministerium abgetrennt werden, als dessen Leiter der stellvertretende Generaldirektor der Kgl. Sächs. Staatseisenbahnen, Geheimrat Maettig, in Aussicht genommen ist. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Die Fraktionen der Mehrheitsparteien werden heute zusammentreten, um Beschlüsse zu fassen. Heute Freitag nachmittag findet wieder eine Zusammenkunft der Vertreter der Staatsregierung und der Mehrheitsparteien statt, in der endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Wie dem „Chemn. Tagebl." von konservativer Seite mitgeteilt wird, ist die konservative Fraktion weder von der Regierung, noch vom Präsidenten der Zweiten Kammer zur Teilnahme an diesen Beratungen aufgefordert worden. Es handelt sich hier um den vom Minister des Innern und dem nationalliberalen Landtagspräsidenten gemeinsam unternommenen Versuch, die Konservativen im Landtage völlig zu isolieren.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Neue Regierung in Ungarn.

Wie verlautet, ist Graf Karolyi zum Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt, Graf Julius Andrassy zum Minister des Aeußern. In der Wohnung Karolyis fanden vertrauliche Beratungen statt, an denen hauptsächlich Vertreter der radikalen politischen Elemente teilnahmen. Die Konferenz beschloß die Bildung eines ungarischen Nationalrats. Graf Karolyi beabsichtigt, dem König den Wunsch vorzutragen, daß der König im großen Saale des ungarischen Reichstags erscheine und dort öffentlich und feierlich die Unabhängigkeit Ungarns proklamiere.

Kroatische Meuterer.

Im ungarischen Abgeordnetenhause traf vorgestern die Nachricht ein, daß in Fiume vom 79. Infanterie-